

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthies.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Nr. 488.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 15. Juli.

Inserate 20 Pf. die sechsgesetzte Petition oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amstlische.

Berlin, 14. Juli. Der König hat geruht: den Oberpfarrer Karl Wilhelm Eduard Meyer in Baruth zum Superintendenten der Diözese Baruth, Regierungsbezirk Potsdam, zu ernennen.

Politische Uebersicht.

Posen, den 15. Juli.

Heute vor zehn Jahren erfolgte in der französischen Kammer die Kriegserklärung an Deutschland. Welcher Kontrast zwischen der damaligen Erhebung der deutschen Nation und dem heute mit Macht um sich fressenden Pessimismus! Wahrlich, der Tag giebt zum ernsthaftesten Nachdenken Anlaß.

Der Reichskanzler soll nicht die Absicht haben, ein zweites Mal den Versuch zu machen, mit einer Vorlage wegen Einführung zweijähriger Budgetperioden vor den Reichstag zu treten. Dagegen heißt es, daß die Frage wegen Verlängerung der Legislaturperioden auf vier, resp. fünf Jahre eine offene geblieben ist, und darüber bei passender Gelegenheit im Bundesrat die Pourparlers wieder aufgenommen werden dürfen.

In verschiedenen Blättern, so schreibt zu Obigem die „N. L. C.“, finden wir die Mittheilung, das Projekt der zweijährigen Budgetperioden sei zwar aufgegeben, dagegen werde noch immer an dem Vorschlag der Einführung vierjähriger Legislaturperioden festgehalten. Ob die Mittheilung begründet ist, muß dahingestellt bleiben. Einen rechten Zweck könnten wir bei der Einführung vierjähriger Legislaturperioden noch weniger einsehen als bei der zweijährigen Etasperioden. Die ersten würden eine nothwendige Zugabe der letzteren sein, ohne die letzteren aber läßt sich für sie kaum irgend ein Motiv anführen, als das Bestreben, die Aufregung von Wahlbewegungen um ein Geringes seltener eintreten zu lassen. Dass dies eine Empfehlung des Vorschlags ist, möchten wir bezweifeln. Sehen wir doch jetzt schon in einzelnen Fällen, daß die Haltung der Vertreter mit der Gesinnung ihrer Wähler in Widerspruch gerath, und bei den rasch wechselnden Strömungen, die heutzutage das öffentliche Leben durchziehen, kann es im Interesse einer wahren und treuen Repräsentation der jeweiligen Volksstimme nicht wünschenswerth sein, die Fristen zur Erneuerung der gesetzgebenden Körperschaften noch weiter auszudehnen.

Die Bedeutung des ablehnenden Bescheides, welchen der Bundesrat auf die Eingabe wegen Einführung der Silberwährung hat ergehen lassen mit der Motivierung, daß er keinen Anlaß finde, von den Grundlagen der Münzgesetzgebung von 1871 und 1873 abzuweichen, wird erst dann erkennbar, wenn man sich erinnert, daß jene Eingabe auf einem einstimmigen Beschlusse der im Februar d. J. abgehaltenen General-Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer basirte. Dieser Beschluß hat folgenden Wortlaut:

1) In Erwägung der schweren Schädigung, welche die Einführung der reinen Goldwährung in Deutschland durch die Erhöhung des Goldwertes und durch die entsprechende Verminderung des Wertes allen in nicht auf Goldwert laufenden Schuldbeschreibungen angelegten Vermögens zur Folge gehabt hat;

2) In Erwägung, daß die Einführung der reinen Goldwährung nicht nur die Landwirtschaft, die Industrie und das Gewerbe schwer benachtheilt, sondern auch auf das Los der in diesen Erwerbsarten thätigen Arbeiterbevölkerung, welche von dem Wohlbefinden der landwirtschaftlichen, der industriellen, der gewerblichen Produktion unmittelbar abhängig sind, einen nachtheiligen Einfluß ausgeübt hat;

3) In Erwägung, daß die berechtigten schweren volkswirtschaftlichen Schäden durch die vollständige Durchführung der reinen Goldwährung bei uns immer mehr verschärft werden und in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gefährlich erscheinen, — ist entweder seitens Deutschlands schleunigst in Übereinkunft mit anderen bedeutenden Ländern (internationalen) Doppelwährung überzugehen, oder, falls dieses Ziel in kürzester Frist nicht zu erreichen sein sollte, so sind dieselben Schritte zu thun, welche, sei es die Einführung der reinen Silberwährung, sei es die Einführung einer Parallelwährung durch Ausprägung einer Weltgoldmünze zur umfangreichen Remonetisierung des Silbers als Hauptmünze zu führen geeignet sind.

Die Einberufung eines nationalliberalen Parteitags zum Zwecke einer Konsolidation und Reorganisation der Partei ist ein seit Schluss des Landtags in der Presse lebhaft angeregtes und diskutiertes Thema. Die „N. L. C.“ schreibt hierzu: „Soweit unsere Informationen reichen, ist in weiteren Kreisen und unter den leitenden Persönlichkeiten der Gedanke bisher noch nicht in Erwägung gezogen worden. Es mag sein, daß man, wenn erst die Zeit der parlamentarischen Thätigkeit wieder herannahmt, es für wünschenswerth hält, daß in engeren oder weiteren Kreisen unserer Partei eine offene Auseinandersetzung über die durch mancherlei Vorgänge der jüngsten Zeit geschaffene Situation stattfindet.“ Wenn die „N. L. C.“ im Weiteren jedoch meint, die „nationalliberale Frage“ sei überhaupt wieder im Erscheinungsbegriffen, so giebt sie sich einer gefährlichen Täuschung hin. Sollte wirklich auch im Herbst von jeder Schlichtung oder vom auch äußerlichen Vollzuge der vor-

handenen Spaltung Umgang genommen werden, so würden die nächsten Wahlen hierfür gewiß ein strenges Gericht an den gegenwärtigen Parlamentarien von der Partei vollziehen.

Die „Trib.“ bringt folgende Berichtigung: „Verschiedene Zeitungen beschäftigten sich mit einzelnen hervorragenden nationalliberalen Persönlichkeiten, an deren Namen die Schuhzoll- und Interessenpresse sich am Liebsten zu reiben pflegt. Es sind die Abgeordneten von Forckenbeck, Dr. Bamberger, Dr. Lasker, die wie nach einer gemeinsam ausgegebenen Parole nicht nur von der eben bezeichneten Presse, sondern auch von politisch interessirten Blättern, wie „Köln. Ztg.“, „Magd. Ztg.“ etc., als dem öffentlichen Leben für länger entzogen bezeichnet werden. Herrn Dr. Lasker läßt man nach Amerika, Herrn Dr. Bamberger auf Monate hinaus nach dem Süden reisen, während bei Herrn von Forckenbeck dessen schon seit Wochen zährende Entfernung von der Hauptstadt betont wird. Wir lassen die Absicht dieser Ausschreitungen auf sich beruhen und bemerken thatsächlich kurz Folgendes: Es ist richtig, daß Herr von Forckenbeck sich seit einigen Wochen zu einer Badefur in der Schweiz aufhält; er wird im Monat August hierher zurückkehren und unterwegs vermutlich Gelegenheit nehmen, mit einzelnen hervorragenden Parteigenossen zusammenzutreffen. Unrichtig ist die Mittheilung, daß Dr. Lasker beabsichtige, sich nach Amerika zu begeben; der Gedanke einer solchen Reise mag früher gelegentlich vielleicht einmal erwogen worden sein, an seine Ausführung wird zur Zeit von Seiten Dr. Lasker's aber nicht gedacht. Ebenso grundlos ist die Meldung, daß Herr Dr. Bamberger für mehrere Monate im Süden Aufenthalt nehmen werde; derselbe weist bereits seit einigen Wochen in Interlaken, wo er, wie in jedem Jahre, voraussichtlich auch in diesem den Sommer in Ruhe und Zurückgezogenheit zubringen darf. Die tote Saison bereitet an sich dem Zusammenwirken politischer Männer schon Schwierigkeiten genug, als daß es dazu noch eigens erfundener Reisen nach entlegenen Gegenden oder Welttheilen bedürfte.“

Es scheint sich zu bestätigen, meint die „Kreuz. Ztg.“, daß das Staats-Sekretariat für Elsaß-Lothringen nicht so gleich wieder besetzt werden wird. Die Mittheilung, Graf Luxburg habe Ansicht, der Nachfolger des Herrn Herzog zu werden, gilt in unterrichteten Kreisen als naheliegende Vermuthung, der indeß bis jetzt ein thatsächlicher Aushalt fehlt. Die interimistische Vertretung des zurückgetretenen Staatssekretärs ermöglicht eine Hinausschiebung der Besetzung des Postens.

Die neuesten Nachrichten aus Samoa geben, wie aus San Francisco, 30. Juni, berichtet wird, eine wenig erfreuliche Schilderung der dortigen Zustände:

König Malietoa, so lautet der Bericht, wurde durch eine nur einen geringen Theil der Bevölkerung repräsentirende Fraktion mit Hilfe der fremden Konföln und der Kapitäne der Kriegsschiffe zum Fürsten eingesetzt. Als die Sache der Rebellen beinahe verloren war, landete ein deutsches Kriegsschiff, in Übereinstimmung mit dem von dem Konsul entworfenen Plane, Truppen, welche die Streitkräfte der rechtmäßigen Regierung vertrieben; der Konsul konstituierte sich hierauf als eine „Rathgebende Behörde“ der neuen Regierung, welcher auch der amerikanische Konsul Dawson beitrat, obgleich die Annahme eines Amtes bei einem fremden Staate ohne Bewilligung des Kongresses durch die Verfassung der Vereinigten Staaten verboten ist. Die Einheimischen wollen von der neuen Ordnung der Dinge nichts wissen, die Regierung kann keine Steuern einstreben, und bereits sind in einem der größten Distrikte Anzeichen einer Gegen-Revolution zu bemerken. Bei dem offenbaren Unwillen der Bevölkerung haben die Konföln schließlich die Leitung der Angelegenheiten scheinbar niedergelegt und jeder der selben einen Mann bestimmt, der in ihrem Namen handelt; sie selbst bilden somit eine Art Appellationsbehörde für eine Bevölkerung von bloß 100 Menschen und etwa 400 Eingeborenen. Die jährlichen Einkünfte von 5000 Doll. werden verchleidert. Was für eine Ordnung die Konföln eingeführt haben, ist daraus zu ersehen, daß ein auffälliger Haufe in Apia, eine Viertelmeile vom amerikanischen Konsulat, die Wohnung eines der hervorragendsten einheimischen Unterstützer der gegenwärtigen Regierung, in Asche legte. Als kürzlich die Konföln einen Ausflug nach Aloia machten, wurden sie dort höchst unfreudlich aufgenommen. Man sagte ihnen, die Samoaner wollten keine Einmischung der Konföln, der leste Krieg sei eine Sache gewesen, die Niemand als die Samoaner etwas angeginge, und sie würden Malietoa trotz der Konföln nicht anerkennen.

Das große Nationalfest der französischen Republik ist nach den bisher vorliegenden Nachrichten in aller Ordnung gefeiert worden. Der Präsident der Republik, Grévy, hielt, so meldet das „W. T. B.“, unter dem 14. aus Paris, bei der Uebergabe der Fahnen eine folgende Ansprache:

„Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die ihr die französische Armee bei dieser Feier repräsentirt! Die Regierung der Republik fühlt sich glücklich, sich dieser wahrhaft nationalen Armee gegenüber zu sehen, dieser Armee, welche Frankreich bildet aus seinem besten Theile, indem es ihr seine ganze Jugend giebt, d. h. sein Theuerstes, sein Edelstes und sein Tapferstes. So erfüllt sich die Armee mit dem Geiste und den Gefühlen Frankreichs, belebt sich mit seiner Seele und so empfängt Frankreich von der Armee seine Söhne zurück, erzogen in der männlichen Schule der militärischen Disziplin, aus der sie in das bürgerliche Leben die Achtung vor der Obrigkeit, das Pflichtgefühl und den Geist der Hingabe mitbringen, zugleich mit dem Ehrgefühl, dem Patriotismus und den männlichen Tugenden des Waffenhandwerks, welche geeignet sind, Menschen und Bürger zu erziehen. (Lebhafter Beifall.) Ja! Nichts ist dem Lande zu thun gewiezen, um seine Armee herzustellen, an nichts hat es die Armee fehlen lassen, um die Bemühungen des

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Baake & Co.,
Haasenstein & Vogel,
Rudolph Kosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

und zum Schutz derselben ein Kriegsschiff verlangte. Das englische Kanonenboot langte richtig an und seine Offiziere konnten feststellen, daß in Haifa volle Ruhe herrschte. Angefachts des Kriegsschiffes sind die christlichen Einwohner übermuthig geworden und setzen jede Rücksicht außer Auge, so daß, wenn das englische Kriegsschiff abzieht, recht bald wieder eine orientalische Rauferei mit blanker Waffe in Aussicht steht.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 14. Juli. Der Minister für öffentliche Arbeiten hat bezüglich der Meldung der Eisenbahnunfälle und außergewöhnlichen Betriebsereignisse, sowie bezüglich des bei der Untersuchung derselben zu beobachtenden Verfahrens an die königlichen Eisenbahndirektionen und Eisenbahn-Betriebsämter, sowie an die königlichen Eisenbahnkommissariate und den königlichen Eisenbahnkommissarius in Erfurt mit dem Auftrage, die Privatbahn-Verwaltungen ihres Aufsichtsbezirks danach mit Weisung zu versehen, unterm 5. d. M. folgende Verfügung erlassen:

Nachdem die Vorschriften über die Meldung der Eisenbahnunfälle und außergewöhnlichen Betriebsereignisse, sowie über das bei der Untersuchung derselben zu beobachtende Verfahren im Laufe der Jahre mehrfach Abänderungen und Ergänzungen erfahren haben, werden dieselben nunmehr unter Aufhebung der hierauf bezüglichen früheren Erlasse wie folgt festgestellt:

1. Diejenigen im Eisenbahnwesen vorkommenden Unfälle und außergewöhnlichen Betriebsereignisse, welche ihrer Natur nach oder zufolge der damit verknüpften besonderen Umstände geeignet sind, öffentliches Aufsehen zu erregen, sind mir sofort nach ihrem Eintreten telegraphisch zu melden. Dabin gehören:

a) Die einem Zuge zustörenden Unfälle, bei denen eine Tötung oder Verlezung von Personen, oder eine erhebliche Beschädigung von Fahrzeugen stattgefunden hat. Zu diesen Unfällen ist auch das Überfahren von Fuhrwerken auf Wegeübergängen zu rechnen, wogen die Tötung oder Verlezung einzelner Personen beim Besteigen oder Verlassen der Fahrzeuge oder bei unzeitiger Aufenthalt auf dem Bahnhof, sowie die Verunglückung von Beamten oder Arbeitern im Bahnhofsdiest nur in der monatlich aufzustellenden Unfallsübersicht zu registrieren ist, es sei denn, daß dabei ganz ungewöhnliche, Aufsehen erregende Umstände vorliegen, welche eine sofortige Meldung angezeigt erscheinen lassen.

b) Alle Unfälle, welche bei Reisen fürstlicher Personen dem von denselben benutzten Zuge etwa zustoßen sollten, auch wenn sie nur leichterer Natur und nicht von schlimmen Folgen begleitet sind.

c) Betriebsstörungen, durch welche ein Hauptgleis für den fahrplanmäßigen Gang der Züge voraussichtlich länger als zwölf Stunden unfahrbare gemacht wird, sei es, daß die Störung die Folge von Betriebsunfällen oder durch ungewöhnliche Naturereignisse (Schneevermehlungen, Erdbeben, Überschwemmungen, Berstörung der Gleise etc.) veranlaßt ist.

d) Bedeutendere Feuersbrünste, durch welche der Bahnverwaltung gehörige Gebäude oder Materialien zerstört sind, Explosions von Lokomotivfeuern u. dergl.

Die telegraphische Meldung dieser Vorkommnisse ist, sofern nicht etwa ein an Ort und Stelle ampekte höherer Betriebsbeamter dieselbe bereits bewirkt hat, Sache des Stationsvorstehers der nächstgelegenen Station. Die Meldung ist direkt an mich und gleichlautend an das Reichs-Eisenbahn-Amt, bei Privatbahnen in eigener Verwaltung auch an das zuständige königliche Eisenbahn-Kommissariat zu richten. Zugleich hat der Stationsvorsteher dem ihm vorgegebenen Betriebsamt, bzw. der Direktion unverzüglich anzuzeigen, daß jene Meldung seinerseits erfolgt ist.

2. Im Anschluß an die telegraphische Meldung hat das Betriebsamt, in dessen Bezirk sich das gemeldete Ereignis zugetragen hat, oder, falls die Direktion selbst die den Betrieb leitende Behörde ist, die Direktion thunlichst noch an dem Tage des Ereignisses, spätestens aber an dem nächstfolgenden Tage einen schriftlichen Bericht zu erstatten, in welchem die näheren Umstände, die festgestellten oder mutmaßlichen Ursachen des Ereignisses und event. die zur Beseitigung der Betriebsstörung ergriffenen Maßnahmen darzulegen sind. Kann darin der Zeitpunkt, bis zu welchem der ordnungsmäßige Betrieb wieder hergestellt oder mit Bestimmtheit zu erwarten ist, noch nicht angegeben werden, so ist derselbe so zeitig als möglich auf telegraphischem Wege anzugeben. Der vorberechnete Bericht und event. die ergänzende telegraphische Anzeige ist ebenfalls direkt an mich und gleichlautend an das Reichs-Eisenbahnamt einzureichen. Die Betriebsämter haben außerdem der ihnen vorgegebenen Direktion, die Privatbahn-Direktionen dem zuständigen königlichen Eisenbahn-Kommissariat Abschrift davon mitzutheilen.

3. Sofern nicht die Einreichung der Untersuchungsverhandlungen oder eine speziellere Darlegung des Sachverhalts besonders verlangt wird, sind die weiteren bezüglichen Angaben in die Monatsrapporte über Unfälle aufzunehmen. Diese Rapporte sind nach Maßgabe des nachstehenden Formulars und der demselben beigegebenen Anleitung auszufüllen.

Jedes Betriebsamt hat für seinen Bezirk am Schlus des Monats die Unfallsnachweisung aufzustellen und dieselbe nebst erläuterndem Bericht spätestens bis zum 10. des folgenden Monats an die vorgegebene Direktion einzusenden. Die Direktion hat den Inhalt der Nachweisungen und der zugehörigen Berichte sachlich und formell zu prüfen und erforderlichen Falles zu berichtigten.

Aus den einzelnen Nachweisungen ist eine Zusammenstellung der sämtlichen während des Berichtsmonats in dem Direktionsbezirk vorgenommene Unfälle zu bilden, wobei jedoch die Betriebsamtsbehörde getrennt zu halten und die Unfälle für jeden der selben chronologisch zu ordnen sind. Die erläuternden Berichte der Betriebsämter sind in entsprechender Reihenfolge zusammenzufassen und der Zusammenstellung als Anlage beizufügen. Von diesem Gesamtbericht ist je ein Exemplar an mich, ein zweites Exemplar an das Reichs-Eisenbahnamt bis zum 20. desselben Monats einzurichten. Von den Privatbahn-Direktionen ist das für das Reichs-Eisenbahnamt bestimmte Exemplar demselben direkt bis zu demselben Termin zu überenden, während das für mich bestimmte Exemplar zunächst an das zuständige Eisenbahn-Kommissariat geht, welches die Rapporte für seinen ganzen Aufsichtsbezirk gesammelt hierher zu reichen hat. Sofern seitens der königl. Direktionen, bzw. der Kommissariate aus Anlaß einzelner Unfälle noch andere als die in den Rapporten erwähnten Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse oder zur Abstellung hervorgetretener Uebelstände getroffen oder in Aussicht genommen sind, hat derselben in dem Begleitsberichte Erwähnung zu geschehen. Den hierauf bezüglichen Angaben, sowie den Angaben über die Ursachen der Unfälle ist allereits die größte Sorgfalt zu zuwenden, während von der ausführlichen Beschreibung nebenfachlicher Vorgänge in den Rapporten aufzusehen ist.

4. Die Eisenbahnverwaltungen haben dafür zu sorgen, daß etwaige umzutreffende Zeitungsnachrichten über vorgenommene Unfälle auf das Schleunigste sachgemäß berichtet werden. Auch ist jedesmal zu

erwägen, ob es sich nicht etwa empfiehlt, in geeigneten öffentlichen Blättern eine anderen Nachrichten zuvorkommende offizielle Mitteilung über den Unfall zu machen. Die Betriebsämter haben der vorgegebenen Direktion anzuzeigen, was in dieser Beziehung von ihnen veranlaßt worden ist. Seitens der königlichen Direktionen, bzw. Eisenbahn-Kommissariate ist zu kontrollieren, ob die erforderlich scheimenden Veröffentlichungen stattgefunden haben.

5. Von allen im Eisenbahnbetriebe sich ereignenden Unfällen, bei denen Menschen getötet oder verletzt sind, oder bei denen die im Strafgesetzbuch (§§ 315 und 316) bedrohte Ungefährdung eines Eisenbahntransportes durch Verschulden einer Person in Frage kommt, ist sogleich nach dem Bekanntwerden seitens des Stationsvorstehers der nächstgelegenen Station dem Staatsanwalt, sowie den betreffenden Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen. Nur bei leichten Verleuzungen einer Person in Folge eigener Unvorsichtigkeit oder Ungeachtlichkeit, sowie bei nicht unmittelbar mit dem Betriebe zusammenhängenden Verleuzungen, sofern dabei eine nach § 232 des Strafgesetzbuchs auch ohne Antrag des Verleuzten strafbare Handlung oder Unterlassung eines Dritten nicht anzunehmen ist, kann von der Anzeige an den Staatsanwalt und die Ortspolizeibehörde abgesehen werden.

6. Bei der sofort nach dem Unfalle von der Bahnverwaltung einzuleitenden und nach Möglichkeit zu beschleunigenden Untersuchung ist das bei dem Vorgang beteiligte Personal durch einen geeigneten, in der Sache selbst nicht interessirten Beamten zu vernnehmen. In der Regel wird, sofern nicht ein Oberbeamter die Verhandlung führt, der Betriebskontrolleur hiermit zu betrauen sein. In wichtigeren Fällen hat indessen der Betrieb führende Verwaltung zu Vornahme der Untersuchung an Ort und Stelle einen Spezialkommissarius abzuordnen, welcher außer der Vernehmung des Personals erforderlichenfalls die Aufnahme einer Situationskizze von der Unfallsstelle zu bewirken und die sonst etwa nötig scheinenden Anordnungen behufs Behebung der Betriebsstörung, Aufklärung der Ursachen, Ergreifung von Sicherheitsmaßregeln zu treffen hat.

7. Nach Abschluß der Untersuchung hat die Bahnverwaltung unverzüglich der Staatsanwaltschaft die Verhandlungen nebst einer Beigutachtung des Falles zu überleiten. In letzterer sind alle in Betracht kommenden technischen Fragen und dienstlichen Vorschriften unter bestimmter Angabe, von wem und inwiefern diese Vorschriften etwa verletzt sind, eingehend zu erörtern. In schwierigeren, zu ihrem Verständnis eine genauere Kenntnis des Eisenbahnwesens voraussetzenden Fällen ist bei der Staatsanwaltschaft die Zusicht eines höheren technischen Beamten als Sachverständigen für das mündliche Verfahren in Antrag zu bringen. Ferner ist die Staatsanwaltschaft um Mitteilung des Resultats der gerichtlichen Untersuchung bei Rückgabe der bahnseitigen Untersuchungs-Verhandlungen zu erüben und zugleich der Antrag zu stellen, daß für den Fall der Freisprechung der Beschuldigten unter allen Umständen das zulässige Rechtsmittel eingelegt und eine angemessene Verlängerung der Frist zur Rechtserbringung derselben nachgefragt werden möge. Auch nach Abgabe der Verhandlungen an die Staatsanwaltschaft sind der selben alle zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts geeigneten Mittel bereitwillig anzugeben bzw. zur Verfügung zu stellen. So weit für die speziellen Interessen des Eisenbahnbetriebes oder der Bahnverwaltung, beispielsweise für die Regelung der Anprüche aus den Bestimmungen des Haftpflichtgesetzes, die Untersuchungsverhandlungen schon von vorn herein gebraucht werden, ist eine Abschrift der bezüglichen Schriftstücke zurückzubehalten.

Den Bahnverwaltungen wird die sorgfältige Beachtung vorstehender Bestimmungen zur Pflicht gemacht.

○ **Petensburg**, 11. Juli. [Fühlbarer Mangel der Bahnverbindung mit Ostsibirien. Rüstungen zu See.] Vor ungefähr fünfzehn Jahren fasste die Regierung den Entschluß, Sibirien durch eine bis Irkutsk reichende Eisenbahn mit dem europäischen Theile des Reiches zu verbinden, und es war die Linie bereits im Jahre 1869 bis nach Krasnojarsk ausgefertigt. Das Projekt ist eingeschlafen, oder wurde nur zum geringsten Theil ausgeführt, denn man begnügte sich mit der Ural-Bergwerksbahn von Perm bis Ekaterinenburg, die seit einigen Jahren im Betriebe ist. Jetzt, angefachts eines Krieges mit China, beginnt man die Wichtigkeit der ursprünglich projektierten Bahn zu begreifen und einzusehen, daß man durch das Verschieben der Erbauung dieser Riesenlinie einen ungeheuren Fehler begangen habe. Wie anders ständen heute die Sachen, wenn die Regierung die Bahn bis Irkutsk fertig hätte? Sie könnte in wenigen Tagen eine bedeutende Heeresmacht dorthin schaffen, von wo dem Transporte nach dem Amurgebiete nicht zu große Schwierigkeiten entgegenstehen. Hätte die Regierung zum mindesten die Bahn bis Tjumen hergestellt, so wäre sie in den Stand gesetzt, die 41 Dampfer, welche den Ob (also auch die in ihm mündenden schiffbaren Flüsse) befahren, zu benutzen, und eine beträchtliche Truppenabtheilung nach Tomsk, ja nach Ustchinsk zu senden, von wo aus sie bis Irkutsk kaum 1500 Werst entfernt wären. Die chinesische Regierung hätte, wie heute der „Golos“ mit Recht hervorhebt, eine solche Lage der Dinge gewiß nicht unberücksichtigt gelassen und sie bei ihren Verhandlungen mit der russischen berücksichtigt. Der begangene Fehler kann freilich in diesem Augenblicke nicht verbessert werden, doch dürfte die Regierung sich bemühen, ihn möglichst zu reparieren, um in Zukunft gegenüber China anders als jetzt gerüstet dazustehen. Für's erste dauern die Sendungen von Truppen und Munition nach dem Osten des Reiches fort, doch können die ersten kaum so zahlreich sein, um aus ihnen eine Landarmee zu bilden, die stark genug wäre, um über Kiachta und Urga nach Peking vorzudringen, und der Regierung des Blumenreiches der Mitte in ihrer Hauptstadt den Frieden zu dictiren, was durch die Landung von Truppen an der chinesischen Küste wohl nicht möglich sein dürfte, da England, — man fürchtet auch Deutschland, — hiergegen protestiren dürfte. — Für alle Fälle werden jedoch die Rüstungen zur See eifrigst fortgesetzt. Nach dem „Strjelok“ und dem „Plaumst“ ist einer der besten Kreuzer, die in Amerika gekauft „Zewropa“ in See gegangen, und diesem Schiffe werden in Kurzem die Fregatte „General-Admiral“ und die Korvette „Askold“ folgen, denn man befaßt sich in Kronstadt energisch mit ihrer Ausrüstung. Ferner werden der „Herzog von Edinburg“ und der „Opritschnit“ ausgerüstet und sind auch bereits die Dampfschiffe „Petro Pawlow“ und „Sewastopol“ wieder in Dienst gestellt worden. Die Marschroute für jedes in die chinesischen Gewässer gesandte Schiff ist: Cherbourg, Havre, Port-Saïd, Nagasak. Der „Plaumst“ und der „Strjelok“ führen je 14 verschiedene Geschütze und eine Menge Torpeden mit sich und haben eine Besatzung von je 12 Offizieren, 8 Kondukteuren und 167 Soldaten und Unteroffizieren.

Vocales und Provinzielles.

Bremen, 14. Juli.

Bromberger Gewerbeausstellungs-Lotterie. Bei der heut erfolgten Ziehung der II. Serie der Bromberger Gewerbe-Lotterie sind die 15. höchsten Gewinne auf folgende Nummern gefallen: 1. Gewinn Nr. 7026 (Silberner Besteck-Kasten), 2. Gewinn Nr. 19044 (ein Konzertflügel von Gebauer), 3. Gewinn Nr. 5211, 4. Gewinn Nr. 2945, 5. Gewinn Nr. 11904, 6. Gewinn Nr. 3134, 7. Gewinn Nr. 2891, 8. Gewinn Nr. 19630, 9. Gewinn Nr. 7292, 10. Gewinn Nr. 9064, 11. Gewinn Nr. 11522, 12. Gewinn Nr. 11991, 13. Gewinn Nr. 9659, 14. Gewinn Nr. 924, 15. Gewinn Nr. 13279.

○ **Berunglück.** Am Mittwoch Vormittags 11 Uhr stürzte der 20 Jahre alte Maurergeselle Döring aus Poppe bei Schwerin a. W. aus dem dritten Stock des Neubaus Wronplatz 1, indem er zugleich mit dem Kopfe auf die eisernen Balkenträger des ersten Stockes aufschlug, auf den am Boden liegenden Bauchttu so unglücklich herab, daß er sofort eine Leiche war. Der Berunglück war ein äußerst nüchtern Mann. Es ist anzunehmen, daß ein Schwindel seinen Tod herbeigeführt hat.

○ **Bomst**, 14. Juli. [Erneuerung. Messe.] Die Verwaltung der in Kiel errichteten Postagentur ist dem pensionirten Obertelegraphisten Wagner übertragen. — Zur Margarethen-Messe in Frankfurt a. O. sind von hier 25 Personen abgereist.

○ **Rawitsch**, 13. Juli. [Glasskugelschießen.] Störche. Schießbungh. Vergangene Woche veranstalteten Schützen aus hiesiger Stadt und Umgegend auf dem Territorium des Gutsbesitzers Tischbush in Szynowino ein Glasskugelschießen, das sich namhafter Erfolge rühmen kann, da viele der Teilnehmer bis 50 Prozent Treffer aufzuweisen hatten. Zu diesem günstigen Resultate trugen die Glasskugel-Wurfmaschinen, die von dem hiesigen Kunst- und Bauschlosser Ziegler angefertigt werden, sehr viel bei. Rämentlich äußern die Abnehmer ihre Zufriedenheit über seine Doublette-Wurfmaschinen, von denen mit leichter Spannung der Feder 2 oder 3 Bälle je nach der Wechselseite geschleudert werden. Dem Doublette-Schützen ist es eine Leichtigkeit, beide Bälle zu treffen, da diese meist in bedeutender Entfernung von einander liegen. Herr Ziegler gehen aus fast allen Ländern Europa's Bestellungen zu. — In der Oberförsterei Wading, im Bezirk Buchwerder, hat sich in diesem Jahre ein schwarzer Storchpaar niedergelassen. Es sitzt in der Krone einer mittelhohen Eiche, ohne daß dahin ein Radfelgen vorher angebracht worden wäre, wodurch man dem gewöhnlichen Storche beim Nest zu Hilfe zu kommen sucht. Bereits gingen zwei Jungen aus dem Hause heraus, die ganz mit weißen Blaufedern bedekt sind. Der alte Storch hat die Größe des gewöhnlichen Storches, er ist schwärzlich, an Brust und Bauch weiß und führt eine Lebensweise wie sein weißer Bruder, ist aber weit scheuer als dieser. Sein eigentliches Vaterland ist Russland und Sibirien; in Deutschland kommt er nur sehr vereinzelt vor. Fast allgemein hat man in hiesiger Gegend die Wahrnehmung gemacht, daß die Störche in diesem Jahre keine Jungen ausgebrüten haben. Man sieht den Grund davon in dem Maagel an Hutter. Infolge der kalten Witterung im Monat Mai sind Frösche und Eidechsen, die die Hauptnahrung des Storches bilden, sehr selten zum Vorschein gekommen, und das mag den Vogel veranlaßt haben, die Brut auszusetzen. — Vom 14. bis zum 20. d. M. wird das hiesige Bataillon auf den Sandhügeln zwischen Karlsruhe, Christianen, Sylvorze und Strowno Schießübungen mit scharfen Patronen abhalten.

Landwirthschaftliches.

○ **Bomst**, 14. Juli. [Reblaus.] Nach Artikel 3 der internationalen Konvention vom 17. September 1878 (Reichsgesetzblatt Nr. 4 Jahrgang 1880), Maßregeln gegen die Reblaus betr., bedarf es beißig ungehinderter Ein-reip. Ausführung der zum internationalen Verkehr zugelassenen vegetabilischen Gegenstände über die Grenze einer der, der Konvention beigetretenen Staaten einer Bescheinigung der Behörde des Ursprungslandes nach Maßgabe der Bestimmung des gedachten Artikels. Es ist daher bestimmt bis dahin, wo Seitens der Reichsbehörden die erforderlichen Anordnungen Beifuss Ausführung der internationalen Konvention erlassen werden, daß die Bescheinigungen resp. Atteste auf Antrag der Betheilgten von den Ortspolizeibehörden, denen es überlassen bleibt, sich erforderlichenfalls die nötigen Kenntnisse über das Butzieren der zu bescheinigenden Verhältnisse zu verschaffen, aussustellen sind. — Ich handle daher gewiß in dem Sinne aller Weinbergsbesitzer hiesiger Gegend, wenn ich auf eine nähere Beschreibung der Reblaus und ihrer Ristung eingehne. Die Reblaus lebt an den Wurzeln nur in einer anderen Form, auch an Blättern des Weinstocks, ist 0,8 Millim. lang, 0,5 Millim. breit, mandelförmig, nach der Häutung goldgelb, später grünlich und dunkel; der Körper ist durch Querırchen in deutliche Abschnitte getheilt; der etwas nach unten geschobene Kopf trägt zwei deutliche, zusammenge setzte Augen, zwei dreigliedrige Fühler und einen zurückslagbaren Saugrüssel. Die Entwicklung derselben ist in manchen Punkten derjenigen der Blattläuse ähnlich. Ungeflügelte Rebläuse überwintern in Spalten und Rissen von Rebwurzeln, häuten sich im Frühjahr, geben an die Faserwurzeln, in welchen sie ihre Saugrüssel einbohren und legen, sobald sie völlig ausgewachsen sind, gelbe, nachdunkelnde Eier, 20 bis 30 Stück. Aus diesen schlüpfen in spätestens acht Tagen die Jungen aus, welche sich ebenfalls an Faserwurzeln festsaugen und nach etwa 20 Tagen auch Eier legen. In dieser Weise entstehen während eines Sommers 6-8 Generationen und ein überwinteretes Weibchen kann die Stammutter von circa 20 Millionen Individuen werden. Unter der letzteren Brut zeigen sich Individuen von etwas verändertem Aussehen, welche die Erde verlassen, am Rebstock in die Höhe kriechen und nach der letzten Häutung vier dem Körper glatt aufliegende und ihm weit übertreffende Flügel erhalten. Sie legen etwa 4 Eier an die verschiedensten oberirdischen Stellen des Weinstocks, namentlich auch in die Gabeln der Blattrippen und sterben. Die gröberen von diesen Eiern liefern ungeflügelte, der Befruchtung bedürftige Weibchen, die seltener vorkommenden kleineren ungeflügelten Männchen. Die Weibchen sind ca. 0,38 Millim. lang und 0,15 Millim. breit, hellgelb mit vertrümmtem Saugrüssel. Sie legen ein großes Winteret am Ende der Gänge, welche an älterem Holz durch die Löstrennung der alten von der jungen Rinde entstehen. Dem Winteret entschließt im Frühjahr eine Laus, welche sich nun wieder weiter fortpflanzt. An den von der Reblaus besetzten Weinstöcken werden im zweiten Jahr die Blätter früher gelb, rollen sich an den Rinden ein und fallen ab; im nächsten Frühjahr bleiben diese Stöcke in der Entwicklung zurück und entwickeln wenige Trauben mit schlecht reisenden, wäßrig schmeckenden Beeren. An den Wurzeln findet man längliche Answellungen und wo die Räuse dicht gedrängt sitzen, erscheinen sie als gelbe Flecke. Allmählig beginnen die Saugwurzeln, später auch die stärkeren Wurzeln zu faulen und der Stock geht ein.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Berlin-Görlitzer Eisenbahn.** Im Gegensatz zu den bisher in diesem Jahr veröffentlichten Betriebsausweisen konstatirt die Eröffnung der Juni-Einnahmen der Berlin-Görlitzer Eisenbahn ein Minus von 55,000 M., so daß die Bahn das erste Semester nur noch mit einem Plus von ca. 35,000 M. abschließt. Auch hier hat der Rückgang des Personenverkehrs seine fatale Wirkung ausgeübt, daneben ist aber auch der Güterverkehr geringer gewesen als im Vorjahr. Die Überschwemmungen, durch welche die ganze Lausitz im vorigen Monat heimgesucht worden ist, kommen hierbei zu einem Ausdruck, der

für die Aktionäre allerdings unangenehm ist, doch dürfte der Verlust des einen Monats wohl durch die bessere Entwicklung der nächsten Zeit ausgeglichen werden, namentlich wird der ungarische Getreideexport nach der Berlin-Görlitzer Bahn zu Gute kommen und ihren Verkehr geben.

Bermischtes.

* Schwimmkundige, die einen Menschen vom Tode des Ertrinkens retten, haben keinen Anspruch auf die Rettungsmedaille. Das ist in Kurzem der Inhalt eines Rescripts, welches der "Börsen-Courier" mittheilt, der hiesige Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister von der f. Regierung in diesen Tagen erhalten hat. Der Sachverhalt ist folgender: Im vergangenen Jahre machte der genannte Verein eine Excursion nach dem Kloster Chorin. Als die Gesellschaft an den Ufern des Choriner Sees eine kurze Siesta hielt, ereignete es sich, daß von einem den See passirenden Kahn ein Schiffer herabstürzte und in den Wasserfluten verschwand. Kurz entschlossen entledigten sich zwei Mitglieder des Bundes, der Baumeister S. und der Maurermeister W., ihrer Kleider, wärsen sich in die Fluth und vollendeten nach wiederholtem Tauchen glücklich das Rettungswerk. Damit diese brave That ihren wohlverdienten Lohn finde, wandte sich der Vorstand des Bundes an das zuständige Landratsamt mit der Bitte, zur Erteilung der Rettungsmedaille an die beiden Herren die nötigen Schritte thun zu wollen. Dort wurden sie kurzer Hand abgewiesen. Eine weitere Eingabe an die f. Regierung hatte oben erwähnten Bescheid zur Folge. Es sei, führt das Rescript näher aus, "eine Lebensgefahr für die beiden Retter nicht vorhanden gewesen, da sie des Schwimmens kundig waren. Und nur wenn mit dem Rettungswerk eine unmittelbare Gefahr für das Leben verbunden sei, könne die Rettungsmedaille ertheilt werden." Der Bund hat beschlossen, sich bei dem erhaltenen Bescheide nicht zu beruhigen.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 14. Juli. Nach den hiesigen Zeitungen zugegangenen Berichten hat ein in der Nacht vom Montag zum Dienstag in der Umgegend von Lauban, Greiffenberg, Flinsberg und Friedeberg abermals niedergegangener Wolkenbruch sehr großen Schaden angerichtet. Der Eisenbahndamm bei Greiffenberg ist in einer Länge von 100 Metern zerstört, der Post- und Güterverkehr ist unterbrochen.

Konstanz, 13. Juli. Se. Majestät der Kaiser ist heute Abend wohlbehalten von Koblenz eingetroffen und auf dem Bahnhofe von dem Großherzog und der Frau Großherzogin von Baden, sowie von den Spizien der Militär- und Zivilbehörden empfangen worden. Von der zahlreich versammelten Bevölkerung mit enthusiastischen Hochrufen begrüßt, begab sich der Kaiser in einem offenen Wagen nach der Insel Mainau, wo Se. Majestät bis zum nächsten Sonntag zu verweilen gedenkt.

Wien, 14. Juli. Meldungen der "Polit. Korresp." aus Konstantinopel: Gerüchtweise verlautet, daß Savet Pascha zum Ministerpräsidenten und Musurus Pascha zum Minister des Auswärtigen ernannt werden solle. — Aus Belgrad: Der deutsche Kaiser hat dem Fürsten Milan das Großkreuz des Roten Adlerordens verliehen.

Paris, 14. Juli. Dem Präsidenten Grévy ist mitgetheilt worden, daß der Munizipalrat von Athen beschlossen habe, für Mitfeier des französischen Nationalfestes illuminiren zu lassen.

Paris, 13. Juli. Die Kammer hat heute einen Kredit von 9 Mill. Franks für die Eisenbahn von Dakar nach St. Louis am Senegal bewilligt. Vom Deputirten Bardoux vom linken Zentrum wurde ein Antrag auf Wiederherstellung des Listenkrutinums eingebracht.

Paris, 13. Juli. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Marokko hat der Aufstand daselbst an Ausbreitung gewonnen. Die Truppen des Sultans wurden unweit Badzan von den Einwohnern geschlagen.

London, 14. Juli. Der chinesische Gesandte am hiesigen Hofe hat sich gestern nach Petersburg begeben.

Athen, 14. Juli. Den Vorstellungen der Vertreter Englands und Frankreichs, der Pforte keinen Vorwand zur Ablehnung der Konferenzbeschlüsse durch ein vorzeitiges Vorgehen zu liefern, haben sich auch die Vertreter der anderen Mächte angegeschlossen. Die Versicherungen der griechischen Regierung sind beruhigende.

Bukarest, 14. Juli. Die rumänische Regierung hat in einer Note an die russische Regierung über das agitatorische Treiben des russischen Konsuls in Jassy Beschwerde geführt.

Berantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserteie übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Sprechsaal.

(Eingesandt aus der "Schles. Presse".)

Es erregt in vielen Kreisen Entrüstung, daß in jüngster Zeit ein Patent-Agent verschwunden ist und mutmaßlich von manchem Klienten Gelder eingenommen, die Patente aber nicht deponirt hat. Da bereits früher mit einem Patent-Agenten ein ähnlicher Fall passirt ist, so werden von vielen Seiten Wünsche laut, die dahin zielen, daß der Staat die Patent-Anwälte fünfziglich nur mit ertheilter Konzession praktizieren lassen möge; jedoch wird in dieser Beziehung von Staatswegen kaum etwas gethan werden können, da eine gesetzliche Norm für die Qualifikation und die zu leistenden Garantien schwer zu finden sind. Nur die Selbsthilfe allein kann dem Publikum hier anempfohlen werden, indem das Entstehen zweifelhafter Patentgeschäfte dadurch unmöglich gemacht wird, daß die Letzteren keine Unterstützung finden.

Es ist vielfach vorgekommen, daß Ingenieure ohne Engagement, welche vergeblich nach einer neuen Stellung suchten, sich plötzlich den Titel eines Patent-Anwalt gab und durch einige Annoncen sich beim Publikum einführten. Unerhört billige Preise verführten die Erfinder, deren Dienste in Anspruch zu nehmen.

Diese "Anwälte" pflegen mit dem Auftrage die ganze Zahlung in Baar einzufordern; hierin liegt in den meisten Fällen die Verführung zu einem unrechten Geschäftsbetrieb versteckt. In bedrängter Lage lassen sich diese Leute häufig verleiten, die ihnen anvertrauten Gelder zum eigenen Lebensunterhalt zu verwenden. Es fehlen ihnen dann die zur Deposition erforderlichen Summen, so daß schließlich das Enrichen der Patente nicht erfolgt. Nachdem sich dieser Fall mehrere Male wiederholt hat, verschwindet dann der "Anwalt" und läßt die nicht deponirten Erfindungen dem getäuschten und benachtheiligten Erfinder wertlos zurück.

Dies Alles wäre unmöglich, sobald die Zahlung an den Patent-Anwalt erst nach Uebersendung des Einreichungsschreibens des kaiserlichen Patentamtes erfolgt; denn nur dann ist der Erfinder sicher, daß seine Angelegenheit besorgt ist und er sein Geld nicht nutzlos ausgegeben hat. Würde sich das Publikum gegen das Unfitten derjenigen Patent-Anwälte, welche vorherige Bezahlung verlangen, durchaus ablehnend verhalten, so würde es gleichzeitig dem Unwesen steuern, daß jeder stellenlose Techniker, den nichts bindet und der jeder Zeit verschwinden kann, den Staat als Patent-Anwalt unsicher machen kann. Besonders sind es die großen Städte, wo solche Erfinden gedeihen, da sie ja hier den Beobachtungen bei Weitem leichter entgehen können. Uebrigens liegt gar kein Grund vor, bei dem Patent-Geschäft eine Ausnahme vor anderen Geschäften zu machen, bei denen die Zahlung erst nach erfolgter Lieferung gemacht wird. Nur der Mangel an einer soliden Grundlage des größten Theiles der Patent-Agenturen haben den entgegengesetzten Gebrauch eingeführt; solide Patent-Geschäfte, die mit finanziellen Mitteln begründet sind, verwerfen jedoch diese Gebräuche und verlangen die Zahlung erst nach der Überreichung des Depositionsscheines.

Möge dies dem Einsender ein Fingerzeig sein, zu beurtheilen, ob er es mit einem soliden Geschäft oder mit einer vielleicht zweifelhaften Erfindung zu thun hat.

Der Staat wird hier kaum jemals hilfreich eintreten können, da die Thätigkeit eines Patent-Anwaltes eine zu vielleicht ist, um sie einer der vorhandenen Formen des Staatsdienstes anzupassen zu können. Das einzige Mittel, den Erfinder dem Patent-Anwalt gegenüber bei Vorauszahlung sicher zu stellen, wäre vielleicht die Deposition einer gewissen, von der Behörde zu bestimmenden und bei derselben niedezulegenden Summe, welche zur Schadloshaltung der eventuell benachtheiligten Erfinder dienen könnte.

Auch hiermit wird sich der Staat nicht befassen, und dürften nur wenige der Patent-Anwälte die Kautio in der erforderlichen Höhe stellen können. Für den Erfinder aber ist es eine kleine Mühe, sich nach den Verhältnissen des Patent-Anwalts zu erkundigen und in Erfahrung zu bringen, ob derjelbe sein Geschäft mit finanziellen Mitteln oder durch bloße Reklame betreibt; es wäre solchen Vorformissen, wie den Eingangs erwähnten, durch eine geringe Umsicht des Publikums leicht vorzubeugen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juli 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
14. Nachm. 2	756,8	NW schwach	trübe ¹⁾	+24,2
14. Abends. 10	758,1	NW schwach	trübe ¹⁾	+19,3
15. Morgs. 5	758,0	NW schwach	völlig heiter	+14,7
¹⁾ Regenhöhe 12,4 mm.				
Am 14. Wärme-Maximum +25°,2 Celsius.				
- - - Wärme-Minimum +14°,4 =				

Wetterbericht vom 14. Juli, 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	767	NO	5 wolfig	14
Aberdeen	769	NO	1 Regen	13
Christiansund	769	W	2 bedeckt	11
Kopenhagen	767	SO	2 wolfig	19
Stockholm	767	O	2 wolkenlos	21
Haparanda	761	N	4 wolkenlos	15
Petersburg	764	W	1 wolkenlos	18
Moskau	766	still	wolkenlos	21
Cort Queenst.	765	N	3 Regen ¹⁾	13
Brest	764	NNW	1 bedeckt	15
Gelder	766	OSO	1 heiter	19
Sylt	768	NNW	1 wolfig ²⁾	15
Hamburg	767	NNW	1 Dunst	18
Swinemünde	766	NO	1 bedeckt	19
Neufahrwasser	766	N	3 halbbedeckt	20
Memel	765	NO	3 halbbedeckt ³⁾	20
Paris	764	S	1 wolfig	18
Münster	766	NO	2 wolfig	19
Karlsruhe	765	NO	2 heiter ⁴⁾	19
Wiesbaden	767	NO	1 heiter ⁵⁾	18
München	767	W	3 heiter	19
Leipzig	767	NNW	1 heiter	19
Berlin	766	N	1 wolfig	19
Wien	764	NNW	3 wolfig	17
Breslau	765	NNW	2 bedeckt ⁶⁾	15
Ille d'Air	763	OSO	1 bedeckt	15
Nizza	763	N	1 wolkenlos	26
Triest	763	NNO	1 bedeckt	23

¹⁾ Seegang leicht. ²⁾ Abends fernes Gewitter. ³⁾ Starke Tau. ⁴⁾ Gestern Gewitter. ⁵⁾ Gestern feiner Regen. ⁶⁾ Feiner Regen.

Nummerung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

Skala für die Windstärke:

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Übersicht der Witterung.

Die Luftdruck-Differenzen und Luftbewegungen sind auch heute sehr gering; indessen finden sich auf den britischen Inseln und im südöstlichen Zentraleuropa nordöstliche Luftströmungen mit vorwiegend trübem Wetter deutlich ausgeprägt. Im westlichen Deutschland sind am Nachmittage zahlreiche Gewitter, meist ohne erhebliche Niederschläge aufgetreten, zu Hamburg sind jedoch zwischen 5 und 7 Uhr Nachmittags 29 Millimeter Regen gefallen.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 13. Juli Mittags 0,74 Meter.

= 14. = 0,76 =

= Deutsche Seewarte.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 14. Juli. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,487. Pariser do. 81,02. Wiener do. 172,95. R.-M. St.-A. 149,4. Rheinische do. 160. Hefl. Ludwigsb. 103,4. R.-M.-Pr. Anth. 132. Reichsanl. 100,8. Reichsbank 149,4. Darmst. 147. Meininger B. 97. Ost.-ung. B. 718,00. Kreditatt. 242,4. Silberrente 63,8. Papierrente 62,4. Goldrente 76,4. Ung. Goldrente 95,4. 1860er Loose 126,4. 1864er Loose 312,50. Ung. Staatsl. 221,80. do. Ost.-Obl. II. 87. Böh. Westbahn 201. Elisabethb. 167,4. Nordwestb. 151.

Galizier 242,4. Franzosen*) 244,4. Lombarden*) 71. Italiener —. 1877er Russen 93,4. ll. Orientanl. 61,4. Zentr.-Pacific 110,4. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —. Neue 4proz. Russen — 4prozent. ungar. Bodencredit-Pfandbriefe 81.

Nach Schluß der Börse: Kreditaltan 243. Galizier 245,4. ung. Goldrente 95,4. ll. Orientanleihe —. 1860er Loose —. III. Orientanleihe —. Lombarden —. Schweizer. Zentralbahn —. Mainz-Ludwigshafen —. 1877er Russen —. Böhmis. Westbahn —.

* per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 14. Juli. Effeten-Sozietät. Kreditaltan 243,4. Franzosen 245,4. Lombarden 71,4. 1860er Loose 126,4. Galizier 244,4. österreichische Goldrente 76,4. ungarische Goldrente 95,4. ll. Orientanleihe 61,4. österr. Silberrente 63,4. Papierrente —. III. Orientanleihe —. 1877er Russen —. Meininger Bank —. Fest.

Wien, 14. Juli. (Schluß-Course.) Fest, aber reservirtes Geschäft, Schlub lebhafter. Franzosen steigend auf das Gerücht von der Errichtung eines Elbemühlages.

Papierrente 72,75. Silberrente 73,50. Oester. Goldrente 88,15. Ungarische Goldrente 109,77,4. 1854er Loose 124,00. 1860er Loose 133,25. 1864er Loose 173,75. Kreditloose 177,20. Ungar. Prämiens 113,70. Kreditaltan 280,20. Franzosen 283,75. Lombarden 81,50. Galizier 281,25. Rajch.-Oderb. 131,00. Pardubitzer 133,00. Nordwestbahn 175,00. Elisabethbahn 193,00. Nordbahn 245,00. Österreich-ungar. Bank —. Türk. loose —. Unionbank 111,60. Anglo-Austr. 134,50. Wiener Bankverein 134,50. Ungar. Kredit 264,50. Deutsche Plätze 57,30. Londoner Wechsel 117,95. Pariser do. 46,60. Amsterdamer do. 97,40. Napoleon 9,36,4. Dukaten 5,55. Silber 100,00. Marknoten 57,85. Russische Banknoten 1,24,4. Lemberg-Czernowitz 168,00. Kronpr.-Rudolf 164,50. Franz-Josef 171

